Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003119/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
René Aust (ESN), Tomasz Froelich (ESN)

Betrifft: Entführung einer deutschen Staatsbürgerin in Somalia

Medienberichten[1] zufolge wurde im Jahr 2018 die Krankenschwester und deutsche Staatsbürgerin Sonja Nientiet während eines humanitären Aufenthalts in Somalia entführt und befindet sich seither offenbar in der Gewalt einer islamistischen Gruppe, mutmaßlich Al-Schabab. Medienberichten zufolge fand eine von deutschen Behörden geplante Befreiungsaktion aufgrund einer Entscheidung des damaligen Bundesaußenministers nicht statt. Obwohl der Fall seit geraumer Zeit ungelöst und die Lage der Betroffenen mutmaßlich schwierig ist, wurde er kaum öffentlich behandelt. Somalia ist ein Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit und des sicherheitspolitischen Engagements der EU, u. a. über die EUTM Somalia (Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte) und die EUCAP Somalia (Mission der Europäischen Union zum Ausbau der Kapazitäten in Somalia).

1. Welche Maßnahmen hat die Kommission bislang unternommen oder unterstützt, um zur Aufklärung oder Lösung dieses Falls beizutragen?

2. Wie bewertet die Kommission die rechtliche Verantwortung der EU gegenüber Bürgern von EU-Mitgliedstaaten, die bei humanitären Einsätzen in Drittstaaten wie Somalia entführt werden?

3. Inwiefern berücksichtigt die Kommission Fälle von Entführungen von Bürgern von EU-Mitgliedstaaten bei der Planung und Umsetzung ihrer außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen in Somalia?

Eingang: 28.7.2025

[1] https://www.stern.de/gesellschaft/geisel-in-somalia-seit-sieben-jahren---wer-holt-sonja-nientiet-heim--35787996.html